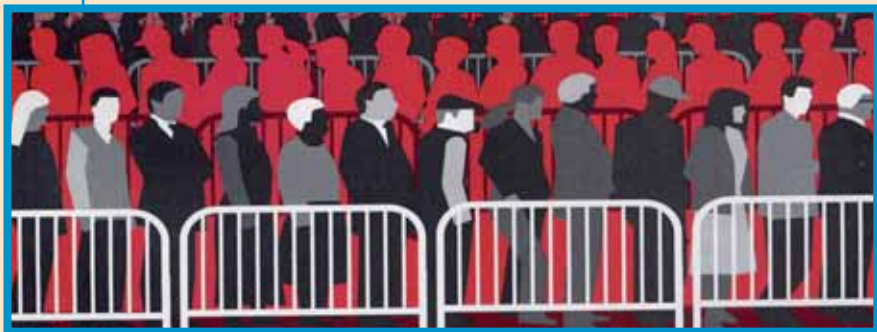


Johanna Klages

Meinung Macht Gegenmacht



Die Akteure im politischen Feld

Johanna Klages
Meinung | Macht | Gegenmacht

Johanna Klages war lange Jahre Dozentin an der HWP in Hamburg und ist jetzt freiberuflich als Soziologin tätig. Sie gab gemeinsam mit Siegfried Timpf im Jahr 2002 bei VSA den Band »Facetten der Cyberwelt. Neue Ökonomie, Neue Eliten, Neue Arbeit, Neue Zeitstrukturen« heraus.

Johanna Klages

Meinung | Macht | Gegenmacht

Die Akteure im politischen Feld

VSA: Verlag Hamburg

Ich danke Rudi Führer und Thomas Klages für das wiederholte Lesen und Korrigieren des Manuskripts. Siegfried Timpf verdanke ich wertvolle Anregungen.

Besonders danke ich Joachim Bischoff. Seine Ermunterungen und sein Insistieren haben im Wesentlichen dazu beitragen, dass dieses Buch geschrieben wurde – obwohl die lange Zeit, in der ich daran gearbeitet habe, ihn immer wieder in Erstaunen versetzte. Auch verdanke ich ihm die Anregung – trotz meines anfänglichen Widerstands – mich mit Habermas' Konzept der Öffentlichkeit auseinander zu setzen.

Mein Dank gilt auch den KollegInnen von VSA, Marion Fisch und Bernhard Müller, die den Text sorgfältig lektoriert haben, und schließlich Gerd Siebecke, der das Cover kreiert hat.

Inhalt

Vorwort	7
1. Die gegenwärtige Situation – ein Problemaufriss	8
2. Zur Kategorie »Repräsentation«	11
Erläuterungen zu »direkter Demokratie«	19
3. Eine Skizze zur Genese des Prinzips Repräsentation	25
Zur Charakteristik der bürgerlichen Öffentlichkeit	
als »öffentliche Meinung«	28
Zur Genese einer plebejischen Öffentlichkeit	34
4. Zur Methodologie des Prinzips »Repräsentation«	43
Die Rolle der performativen Prinzipien: Vorstellungen,	
Darstellungen und Stellvertretung im politischen Feld	46
5. Habermas' »Lebenswelt« und Bourdieus »Politisches Feld«	49
Habermas' Sphäre der »Lebenswelt«	49
Ein Exkurs zum Begriff Zivilgesellschaft	52
Bourdieu's Politisches Feld	58
6. »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (Habermas)	
und Veränderungen des »politischen Feldes« (Bourdieu)	66
7. Der Eroberungsfeldzug des Neoliberalismus	
und die neuen Machtstrukturen	73
Das »Wunder« der New Economy	77
Das schnelle Ende des Booms und das neue Regime	
des Shareholder-Value	78
8. Akteure der Veränderungen im politischen Feld (Bourdieu)	
und politischer Funktionswandel der Öffentlichkeit (Habermas)	83
Bourdieu's Akteure im politischen Feld	83
Habermas' Funktionswandel der Öffentlichkeit	94
<i>Grundriss der bürgerlichen Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert</i>	94

9. Zur Krise der Repräsentation	100
Repräsentation als soziale Vorstellung	100
Veränderungen im <i>Politischen Feld</i> seit den 1970er Jahren	106
Heteronome Akteure im politischen Feld	113
10. Die Autonomie des politischen Feldes und die Effekte heteronomer Akteure	118
Print- und Fernsehmedien	118
Exkurs: Wie ein Diskurs von Medien generiert wird – ein Beispiel	123
Wer kommt in den Medien zu Wort?	125
Medien als lukrative Kapitalanlagen	131
Die Krise im Mediensektor	133
Beratungs- und Consultingunternehmen	140
11. Diskurs-Mächte	144
Think-Tanks – die einflussreichsten heteronomen Akteure	144
»CHE« – aus dem Wirken eines Think-Tanks	146
Der Fachbereich Philosophie in Hamburg – ein Beispiel	148
12. Neue Regierungsformen	150
Die Expertenkommissionen der Agenda 2010	152
Die Götter des Olymp – Der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«	158
13. Der Staat – Öffentliche Institutionen und Einrichtungen	162
»Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) – die Privatisierung öffentlicher Güter	166
Eine kleine Lektion über die freie Marktwirtschaft	174
14. Finanzmarktkrise, Verwerfungen der politischen Klasse und Rückbesinnung auf den Staat	176
Schlussbetrachtungen	182
Literatur	185

Vorwort

Ist »Demokratie« noch demokratisch?
Arundati Roy, 2005

»Revendication de tous nos droits!«
(»Wir fordern all unsere Rechte ein!«)
La Commune

In den letzten Jahren wird das umfangreiche Werk des 2002 verstorbenen französischen Soziologen Pierre Bourdieu ansatzweise auch in der deutschen Soziologie rezipiert. Sein ungewöhnlicher Blick auf soziale Probleme unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung und die von ihm kreierten ebenso außergewöhnlichen methodischen Instrumente regten mich dazu an, darzulegen, dass der »andere Blick« mit Hilfe der scheinbar bizarren methodischen Vorgehensweise zu dem in Rede stehenden Problem der »politischen Repräsentation« Erhellendes zutage fördern kann.

Bourdieu's zentrales Erkenntnisinteresse ist, aufzudecken, wie über »verborgene Mechanismen der Macht« Herrschaft über Menschen ausgeübt wird, ohne dass diese sich dessen bewusst werden. In methodischer Hinsicht versuche ich mich relativ nahe an die von Bourdieu entwickelten Instrumentarien zu halten, weil sie mir das Reizvollste seines Ansatzes zu sein scheinen. Gleichzeitig werden Beispiele aus der politischen und überhaupt gesellschaftlichen Praxis herangezogen, um mit Hilfe der Bourdieu'schen Methoden gewonnene neue Erkenntnisse zu verdeutlichen. Ob mein Unterfangen das Versprechen einlösen kann, muss dem Urteil der LeserInnen überlassen bleiben.

1. Die gegenwärtige Situation – ein Problemaufriss

Seit den 1970er Jahren beherrscht die Rede von *Reform* und *Krise* die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Geht es schließlich darum, soziale und politische Bestandteile unseres gesellschaftlichen Gemeinwesens möglichst ohne Widerspruch stetig und unbemerkt zu dekonstruieren. Das Wortspiel mit mehrdeutigen Begriffen wie »Reform« und »Krise« soll verbergen, dass es sich nicht um »fortschrittliche«, sondern »reaktionäre« Veränderungen handelt.¹ Gravierende Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme, die als zivilisatorische und kulturelle Errungenschaften anzusehen und seit Anbeginn der industriellen Revolution immer hart umkämpft sind, wurden ohne nennenswerten politischen Widerspruch in einem erstaunlich kurzen Zeitabschnitt von kaum zwei bis drei Jahrzehnten durchgesetzt.

Die drei folgenden Charakterisierungen des vergangenen Zeitabschnittes von Autoren aus unterschiedlichen Zusammenhängen könnten als Folie dienen, vor deren Hintergrund deutlich wird, »Wie es einmal war«. So klagte z.B. Jürgen Habermas (1980) ein, das Engagement für »das *unvollendete Projekt der Moderne*« nicht aufzugeben (Habermas 1992). In seinem großen historischen Rückblick auf das Jahrhundert erscheinen Eric Hobsbawm (1994) die »*Goldenen Jahre*«² zwischen 1945 und 1973 als eine vergangene Epoche, die zuvor und danach für die fortschrittlichen politischen Kräfte nie so günstig war!

¹ An dieser Stelle sollten wir festhalten, dass die Begriffe »Reform« und auch der Begriff »Nachhaltigkeit« ursprünglich linke, sozialdemokratische Schöpfungen sind. Reformen sind gebunden an die sozialdemokratische Konjunktur Anfang der 1970er Jahre und fixiert auf die Institutionen des Nationalstaats. Nachhaltigkeit bildet bereits einen zeitversetzten Nachhall der sozialdemokratischen Konjunktur auf der globalen Ebene.

² Hobsbawm (2003) spricht von den »goldenen Jahren« des Fordismus lediglich vor dem Hintergrund all dessen an sozialem Abbau, was dann folgte. Im Übrigen sollten wir die wohlfahrtsstaatlichen Reproduktionsschemata des Fordismus nicht idealisieren, die bei allen Segnungen auch harte Ausgrenzungen produziert haben, ohne die sie bei genauem Hinsehen gar nicht funktioniert hätten – zu denken ist z.B. an den Ausschluss von Frauen aus dem Lohnarbeitsverhältnis, der auf der Basis massenhafter weiblicher Altersarmut eine Rentenversicherung funktionsfähig erhalten hat, die bei ihrer Einführung aufgrund der Sterblichkeitsziffern nur eine Randgröße war.

Pierre Bourdieu (1995) dagegen ist auch in den 1990er Jahren hinsichtlich des politischen Kräfteverhältnisses in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften noch optimistisch. Er solidarisiert sich in einer Rede am Gare de Lyon mit streikenden Eisenbahnern und fordert sie auf, »gegen die Zerstörung einer Zivilisation, die mit der Existenz des öffentlichen Dienstes verknüpft ist und die Zivilisation der republikanischen Rechtsgleichheit in bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur, Forschung und Kunst und vor allem Arbeit ist« (Bourdieu 2003: 45), zu kämpfen.

»Zivilisation« – im Deutschen etwas profaner: Errungenschaften wie soziale Schutz- und Sicherungssysteme, öffentliches Bildungswesen und politischer Rechtsstaat – ist allerdings nur dann aufrecht zu erhalten, wenn gesellschaftliche Kräfte bereit sind, das Erreichte zu schützen. Noch bis in die 1980er Jahre gab es auch in der Bundesrepublik ein politisches Kräfteverhältnis, das einen derart radikalen Abbau des Sozialstaats, wie er dann zu Beginn der 1990er Jahre in Angriff genommen worden ist, nicht kampflos hingenommen hätte. Dies waren nicht nur die kämpfenden Gewerkschaften, sondern auch eine noch nicht ganz in der »Mitte« angekommene Sozialdemokratie, marxistisch orientierte Kräfte, noch außerparlamentarisch orientierte Grüne und zahlreiche »neue soziale Bewegungen« für Frieden, Umweltschutz, gegen Atomenergie, für Frauenemanzipation, chancengleiche Studienzugänge und demokratisch orientierte Wissenschaften. Alle verkörperten, wenn auch in verschiedenen sozialen Facetten, einen politischen Willen, die bestehenden Lebensbedingungen zum Besseren zu verändern.

Was war geschehen? Bereits Anfang der 1990er Jahre ereigneten sich historische Umbrüche und Erschütterungen von großer Reichweite und in einer derart kurzen Zeit, wie selten innerhalb nur einer Menschengeneration erfahrbar war. In der Wahrnehmung der Menschen löste sich beinahe über Nacht die bedrohliche, Jahrzehnte währende Systemkonfrontation auf. Es kam dann nicht, wie von manchen erhofft, zu einer »friedlichen Koexistenz« zweier unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, sondern die sozialistische verschwand lautlos und die kapitalistische Ordnung blieb. Deren aggressivste Befürworter feierten dies als Überlegenheit des Systems. Im Zuge des (problematischen) Vereinigungsprozesses der beiden deutschen Staaten und der Währungsreform für die ostdeutschen BürgerInnen, der sukzessiven Demontage nahezu des gesamten Produktionssystems der DDR und somit des Verlustes vieler Arbeitsplätze, veränderte sich das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Konservativen, auch wenn der spätere Wechsel von der Regierung Kohl zur rot-grünen Regierung Schröder zunächst einen gegenteiligen Effekt zu erzeugen schien.

Die Gewerkschaften kämpften vor dem Hintergrund eines bereits massiven Arbeitsplatzabbaus und von Betriebsstilllegungen im Osten mit dem Rücken zur Wand um eine neue gesellschaftliche Positionierung. Mehr noch: Sie sahen sich mit einem noch nie da gewesenen, landesweit gegen sie gerichteten medialen Trommelfeuer konfrontiert, das mit dem Antritt der rot-grünen Regierung auf sie niederprasselte. Teilweise selbst inszeniert, wollte die Regierung Schröder sich um jeden Preis den neoliberalen Kräften andienen und demonstrieren, dass das traditionelle Band zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nunmehr durchschnitten ist. Eine an den Interessen der Gewerkschaften orientierte Politik hatte diese Regierung nicht im Sinn. Im Gegenteil: In die Fußstapfen der konservativen Margaret Thatcher trat nun bei seinem Regierungsantritt, dies war den Gewerkschaften deutlich zu machen, der Sozialdemokrat Schröder.

Der Prozess tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation führender kapitalistischer Metropolen wurde fortgesetzt: Politisch sozial regulierten Gesellschaften sollte nunmehr das »Marktmodell« übergestülpt werden.³

»Die Eliten lernten recht bald, wie man die Menschen auch unter veränderten Bedingungen steuern und manipulieren konnte. Die Bürger wiederum verloren ihre Illusionen, sie waren ... immer stärker mit den Problemen des Alltags beschäftigt.« (Crouch 2008: 16)

Im Folgenden soll untersucht werden, wie und warum die *neoliberalen Kräfte* binnen einer so kurzen Zeitspanne von zwei bis drei Jahrzehnten *das politische Feld* erobern und die gesellschaftlichen Verhältnisse und sozialen Lebensbeziehungen ebenso wie die in einer langen historischen Epoche entstandenen gesellschaftlichen Institutionen so grundlegend verändern bzw. z.T. gänzlich zum Verschwinden bringen konnten.

Die *Krise der politischen Repräsentation* provoziert die Frage: Welche politischen Kräfte repräsentieren welche politischen und sozialen Vorstellungen im *politischen Feld*?

³ Dahrendorf 2001. Obwohl es sich nicht einfach um eine stärkere Marktsteuerung handelt, wie Dahrendorf meint, sondern auch um eine Art ursprünglicher Akkumulation von ehemals staatlich regulierten Gebieten und Gütern. Entstanden ist in den meisten Fällen kein idealer Markt, sondern hoch vermachtete ökonomische Teilfelder, in denen, wie Bourdieu es in seiner allgemeinen Analyse des ökonomischen Feldes herausarbeitet, die Marktpreise von mächtigen Akteuren festgesetzt werden – ohne jegliches wirksame Korrektiv. Diejenigen, die von den Produkten, z.B. Heizenergie, abhängig sind, haben keine Möglichkeiten, diesen Strategien auszuweichen.

6. »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (Habermas) und Veränderungen des »politischen Feldes« (Bourdieu)

Interessanterweise sehen sowohl Habermas als auch Bourdieu die entscheidenden und problematischen Veränderungen im *politischen Feld* oder in der *bürgerlichen Öffentlichkeit* darin, dass heteronome Kräfte, Akteure »von außen« die Autonomie des Feldes oder der Institution Öffentlichkeit zu zerstören drohen (bzw. zerstören). Ein politisches (Handlungs-)Feld, das die Möglichkeitsbedingungen gewährleistet, politisch-soziale Kriterien für die Entwicklung *politischer Prozesse* (Bourdieu) zu Grunde zu legen, kann als relativ autonom bezeichnet werden. Oder mit Habermas: Nur eine *autonome Urteilskraft* der bürgerlichen »Privatleute« kann garantieren, dass es in einem freien Spiel der öffentlichen Kritik gelingt, eine souveräne politische Sphäre zu gestalten. Für beide Autoren werden die Veränderungen entweder im *politischen Feld* oder der »Strukturwandel der Öffentlichkeit« in erster Linie durch »heteronome, feldfremde Akteure« hervorgerufen. In Bourdieus Analyse intervenieren zunehmend *heteronome Akteure* in die politischen Prozesse: zum einen Akteure, die die logischen Prinzipien des ökonomischen Feldes als politisch geboten geltend machen, und zum anderen Medien, die gemäß ihren Logiken in die politischen Prozesse eingreifen.

Habermas sieht den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« auch verursacht durch den Eintritt heteronomer Akteure in die Sphäre der Öffentlichkeit. Mit dem Erscheinen der Arbeiterbewegung auf der politischen Bühne werden in der Öffentlichkeit Probleme virulent, die ursächlich in der Sphäre der ökonomischen »Privatleute« gründen und als solche partieller Natur und nur dort in der »*Sphäre privater* (ökonomischer) *Autonomie*« zu lösen sind. »Die politisch fungierende Öffentlichkeit erhält den normativen Status eines Organs der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft mit einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Staatsgewalt. Die soziale Voraussetzung dieser »entfalteten« bürgerlichen Öffentlichkeit ist ein tendenziell liberalisierter Markt, der den Verkehr in der Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion soweit irgend möglich zu einer Angelegenheit der Privatleute unter sich macht und so die Privatisierung der bürgerlichen Gesellschaft erst vollendet.« (Habermas 1965: 86)

Wie auch immer: In der einen Sicht (Bourdieu) droht die Destruktion möglicher autonomer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des *politischen Feldes*, in der anderen (Habermas) die Zerschlagung der *Sphäre der bürgerlichen Öffentlichkeit* als Möglichkeitsbedingung einer »räsonierenden« Vernunft im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft. Die SprecherInnen der armen (besitzlosen) Arbeitermassen fordern staatliche Schutzgesetze gegen private Willkür, was letztendlich eine öffentliche Intervention in die als Privatsphäre konstituierte Ökonomie ist – ein Anliegen, das aus dieser Sicht lediglich als ein partielles und nicht als allgemeines angenommen werden muss.

Historisch setzt Habermas den Beginn eines »Strukturwandels der Öffentlichkeit« in die Zeit, als die politischen Akteure der Arbeiterbewegung in die Arena der »bürgerlichen Öffentlichkeit« eintreten, mithin sich die Arbeiterbewegung zu formieren beginnt und in Deutschland die Sozialdemokratie als politische Partei entsteht. Die (neuen) Akteure, die sich im öffentlichen Raum zu Wort meldeten, repräsentierten nun nicht mehr das Ideal der »gebildete(n) und mächtige(n) Bürger, ... (die) in Ermangelung einer geborenen Aristokratie das Elitepublikum bilden, dessen Raisonement die öffentliche Meinung bestimmt.«²¹

Die neuen Akteure haben andere Vorstellungen von einer Öffentlichkeit, nicht elitäre Exklusivität, sondern demokratische Partizipation, öffentliche soziale Einrichtungen und staatliche Intervention statt staatliches »Laissez Faire«. »In den auf die Blütezeit des Liberalismus folgenden hundert Jahren eines allmählich sich »organisierenden« Kapitalismus löst sich das ursprüngliche Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatsphäre tatsächlich auf; ... Zwei dialektisch aufeinander verweisende Tendenzen bezeichnen einen Zerfall der Öffentlichkeit: sie durchdringt immer weitere *Sphären* der Gesellschaft und verliert gleichzeitig ihre politische *Funktion*, nämlich die veröffentlichten Tatbestände der Kontrolle eines kritischen Publikums zu unterwerfen.« (Habermas 1965: 155f.)

Weil die Sozialdemokratie sich zum Sprecher der Gewerkschaften mache, trage sie die Forderungen der Lohnarbeiter, die per definitionem Angelegenheiten der »Privatsphäre«, nämlich des Produktionsbereichs und nur dort auszuhandeln seien, in die »politische Öffentlichkeit«. Habermas sieht nun eine Ära des *politischen Interventionismus* heraufziehen, die letztlich einer autonomen *bürgerlichen Öffentlichkeit* den Tod bringt. »Der Interventionismus entspringt einer Übersetzung solcher Interessenkonflikte, die nicht mehr innerhalb der Privatsphäre allein ausgetragen werden kön-

²¹ Vgl. Habermas 1965: 151 mit Verweis auf Tocqueville.

nen, ins Politische. ... Und mit der Ausdehnung der öffentlichen Autorität über private Bereiche ist auch der gegenläufige Prozess einer Substitution staatlicher Gewalt durch gesellschaftliche verbunden. ... Aus der Mitte der öffentlich relevanten Privatsphäre der bürgerlichen Gesellschaft bildet sich eine repolitisierte Sozialsphäre, in der sich staatliche und gesellschaftliche Institutionen zu einem einzigen, nach Kriterien des Öffentlichen und Privaten nicht länger mehr zu differenzierenden Funktionszusammenhang zusammenschließen.«²²

Die Konstruktion einer autonomen »bürgerlichen Öffentlichkeit« konnte natürlich nur aufrechterhalten werden, solange es gelang, an dem Konsens festzuhalten, dass die materiellen Verkehrsformen der Gesellschaft nicht von öffentlichem Interesse sind. Die Angelegenheiten des Bourgeois (Marx) als Unternehmer und als patriarchalisches Familienoberhaupt galten als privat. Als Citoyen (Marx) war er Bürger und Akteur in der *bürgerlichen Öffentlichkeit*. Die »politische Funktion« (Habermas) der *bürgerlichen Öffentlichkeit* bestand darin, die Autonomie der »Privatleute«, der Bourgeois, zu sichern und zum Schutz des privaten Eigentums ein rechtsstaatliches System und staatliche Gewalt zu installieren. Es war die Privatsphäre, die als Gesellschaft galt. Sie war de facto ein staatsfreier Raum und nicht von öffentlichem Interesse. Die »bewusste, die wahre Wirklichkeit der allgemeinen Angelegenheiten (ist) nur formell, oder nur das Formelle ist wirkliche allgemeine Angelegenheit. ... Alle Voraussetzungen dieses egoistischen Lebens bleiben außerhalb der Staatssphäre in der bürgerlichen Gesellschaft bestehen, aber als Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft.« (MEW 1: 266 und 354) Das staatliche Gewaltmonopol diente dem Schutz des Privateigentums und wurde mit dieser Legitimation vor allem gegen die protestierenden Arbeiter eingesetzt.

Schließlich lässt Habermas außer Acht, dass bei zunehmender Erweiterung der industriellen Produktion und Steigerung des Warenverkehrs gerade in der Privatsphäre die *Widersprüche* zwischen der privaten Aneignung des Produzierten und dem Ausschluss der Arbeitenden vom Genuss dessen, was sie herstellen, aufbrechen. Der Reproduktionsprozess erreichte gesellschaftliche Dimensionen, die nicht länger einer uneingeschränkten

²² Ebd.: 158 und 164. Habermas hängt offensichtlich nach wie vor einer Auffassung von »Gesellschaft« – entsprechend der antiken Vorstellung einer strikten Trennung von Agorá und Oikos – an, wonach Gesellschaft die Privatsphäre darstellt, sei es der Bereich der Warenproduktion, seien es Familie, Bildung, Kultur etc., Bereiche, die nicht Gegenstand öffentlicher Angelegenheiten sein sollten und auch nicht durch staatlichen Interventionismus in irgendeiner Form zu regeln oder unter staatliche Aufsicht zu stellen sind.

Willkür einzelner Privatinteressen unterworfen bleiben konnten. Auch die unerträglichen Lebensbedingungen der Besitzlosen waren nicht mehr ohne öffentliche Unterstützung zu bewältigen.

Das Aufbegehren der Arbeitenden, ihre Formierung zu gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und der Eintritt der Sozialdemokratie in das politische Feld waren schließlich der politische Ausdruck der aufbrechenden Widersprüche in der so genannten Privatsphäre. »Die bislang in die Privatsphäre abgedrängten Konflikte stoßen jetzt in die Öffentlichkeit vor; Gruppenbedürfnisse, die von einem sich selbst regulierenden Markt keine Befriedigung erwarten können, tendieren zu einer Regulation von seiten des Staates; die Öffentlichkeit, die diese Forderungen jetzt vermitteln muss, wird zum Feld der Interessenkonkurrenz in den vergrößerten Formen gewaltsamer Auseinandersetzung. Gesetze, die unter dem ›Druck der Straße‹ zustande kommen, lassen sich schwerlich noch aus dem rasonablen Konsensus der öffentlich diskutierenden Privatleute verstehen; sie entsprechen mehr oder minder unverhohlen dem Kompromiss konkurrierender Privatinteressen« (Habermas 1965: 145f.), den Interessen von Kapital und Arbeit.

Während der Hochphase der »bürgerlichen Öffentlichkeit« konnte für eine kurze Epoche das liberale Ideal eines Nachtwächterstaats existieren, ein Staat, der auf das öffentliche Gewaltmonopol und die Steuereinnahmen reduziert blieb und dessen Hauptfunktion darin bestand, die Autonomie der »Privatinteressen« zu garantieren.²³ Selbst die Expansion in auswärtige Märkte schien mit dieser Staatskonzeption noch machbar, indem schlicht der militärische Apparat erweitert wurde.

Erst mit dem Aufkommen einer »sozialen Sphäre« wurde ein derartiger Staat »entweiht«. Ihm wurden nunmehr neue Funktionen – wie z.B. soziale Daseinsvorsorge, Fabrikinspektionen und Bildungseinrichtungen – zugewiesen – Gesetze zum Schutz der arbeitenden Männer, Frauen und Kinder. Beginnend in sehr zaghafter Weise, nur um die schlimmste Misere zu beseitigen, vor allem um die Reproduktion von Arbeitskräften zu gewährleisten, wandelte sich allmählich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Auf der einen Seite blieb der Staat nicht länger ausschließlich ein Instrument der »Privatinteressen«, sondern er wurde zum Exekutivorgan einer umkämpften Legislative. Auf der anderen Seite entstand ein *politisches Feld* unterschiedlicher Kräfte, in dem »neue« Akteure jetzt auch die »Pri-

²³ Noch heute geistert die Erinnerung an diese historische Epoche wie ein Phantasma in den Köpfen einiger Neoliberaler herum.

vatsphäre« der besitzlosen Masse repräsentierten, nämlich deren desolater materielle Lebensbedingungen.

Die neuen politischen Akteure konnten sich nicht – wie die »Privatleute« (vor dem Hintergrund ihres Vermögens) – mit bloß formalen Gleichheitsrechten zufrieden geben. So setzte sich – wenn auch in einer über 100 Jahre währenden historischen Periode – eine veränderte Sichtweise von Funktionen und (Gestaltungs-)Aufgaben des Staates zusätzlich zu rein formalen rechtsstaatlichen Prinzipien durch.

Einen »zaghaften« Anfang machten die Zehn-Stunden-Bill, die Fabrik-schutzgesetzgebung und das Verbot von Kinderarbeit. Vor allem wurden mit wachsender Sensibilität für Ungerechtigkeiten und sich entwickelndem Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung Forderungen nach politischen Rechten laut. De facto musste von Anbeginn der politische Kampf um eine Umverteilung öffentlicher Steuereinnahmen ins Zentrum der Auseinandersetzungen rücken. »Im allgemeinen stehen allerdings staatliche Eingriffe, auch wo sie gegen »herrschende« Interessen erzwungen worden sind, im Interesse der Erhaltung eines Systemgleichgewichts, das über den freien Markt nicht mehr gesichert werden kann.« (Habermas 1965: 161f.)

Der Strukturwandel der »bürgerlichen Öffentlichkeit« stellt sich Bourdieu eher als eine Tendenz zur Demokratisierung des politischen Feldes, denn als ein Prozess der Zerstörung dar, ebenso die politischen Funktionen des Staates, die er als einen zivilisatorischen Fortschritt betrachtet. Denn mit dem Prinzip öffentlicher (kollektiver) Daseinsvorsorge und beispielsweise staatlicher Bildungspolitik verbindet sich nicht nur eine Hoffnung, die materiellen Lebensbedingungen der Besitzlosen zu verbessern, sondern auch die öffentliche Aufgabe, diese jenseits von privaten Interessen *demokratischer Kontrolle* zuführen zu können.

Bourdieu's Zeitraum der Analyse des *politischen Feldes* ist das 20. Jahrhundert (falls hier eine historische Datierung zulässig ist). Der gravierende Einschnitt fällt in die 1970er Jahre, als mit dem Ende der fordistischen Produktionsweise ein neues Gesellschaftsmodell installiert wurde und der Abbau der »zivilisatorischen Errungenschaften« (Bourdieu) begann. Erstaunlich rasch hatte sich die neoliberale Doxa als gesellschaftspolitisches Pendant zum ökonomischen Produktionskonzept auch im Habitus der den herrschenden Diskurs bestimmenden politischen Akteure inkorporiert – bei sozialdemokratischen und grünen wie konservativen Politikern. Die neoliberale Doxologie avancierte zum herrschenden Diskurs in allen industriell entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Mit Beginn des Transformationsprozesses trat auch bereits die »*Krise der Repräsentation*« zutage, denn die sozialpolitischen Weichenstellungen

und Veränderungen blieben mehr oder weniger ohne nennenswerte große Proteste insbesondere der Gewerkschaften, die zu diesem Zeitpunkt nahezu handlungsunfähig zu sein schienen.

Seit den 1990er Jahren brachten sozialdemokratisch-grüne Regierungen (was in den ersten Jahren zu großer Verwirrung beitrug) in der Bundesrepublik die entscheidenden Maßnahmen zur Demontage des Sozialstaates auf den Weg. Öffentliche Investitionstätigkeiten wurden als den Wettbewerb verzerrend dargestellt, mit der Konsequenz, sie drastisch einzuschränken. Politische Interventionen in die Marktgeschehnisse galten ebenso wie demokratische Reglements des Arbeitsmarkt als Todsünden und wurden solange als Tabus behandelt, bis sie schließlich als mögliche politische Instrumente gänzlich in Vergessenheit gerieten.

Geschichte lässt sich nicht wiederholen und der liberale Staat steht nicht wieder auf in altem »Glanz«. Auch der Markt ist längst nicht mehr so frei wie ehemals, als sei er ein *Deus ex machina*, der Preise und Kapitalströme automatisch in der Balance hält. Mit jeder Privatisierung öffentlicher Güter (insbesondere Güter der materiellen Grundversorgung, wie z.B. Elektrizität, Wasser, Wohnungen) verstärken sich die Effekte, die Kartelle, Investmentfonds oder (die besondere Spezies) Private-Equity-Fonds²⁴ größer werden, Verbraucherpreise aber keineswegs sinken lassen. Das neoliberale Ideal visioniert einen Staat, der wieder auf seine »liberalen« Grundfunktionen zurückgeführt werden soll: das Gewaltmonopol, allerdings nach modernen Sicherheits-, Repressions- und Überwachungsstandards, und Einnahme und Umverteilung von Steuern. »Man geht also von einer staatlichen Politik, die auf eine Beeinflussung der Verteilungsstrukturen aus ist, zu einer Politik über, die nur noch eine Korrektur der Auswirkungen der ungleichen Ressourcenverteilung an ökonomischem und kulturellem Kapital zum Ziel hat, das heißt eine *Staatswohlthätigkeit* für die »würdigen Armen« (*deserving poors*) wie zu den guten alten Zeiten religiöser Philanthropie.« (Bourdieu 1997: 211; Herv. i.O.)

²⁴ Der Schweizer Verwaltungsratspräsident und Mitbegründer der in der Schweiz führenden Beteiligungsgesellschaft Capvis Equity Partners (»Capital with Vision«) wehrt sich gegen das durch die Heuschrecken-Polemik verbreitete Negativ-Image von Private-Equity-Fonds, die wie Heuschrecken alles leer fressen und dann weiterziehen sollen. »Das unabhängige Beteiligungsunternehmen hat schweizerische und internationale Investoren und betreut derzeit neun Firmen mit einem Jahresumsatz von rund 4 Mrd. ... Capvis (führt) fremdfinanzierte Übernahmen von Unternehmen durch, reorganisiert diese im Zeitraum von vier bis sechs Jahren, sucht ihren Wert zu steigern und verkauft sie dann wieder.« Ziel ist 5% bis 10% höhere Renditen zu erzielen als die langfristige Kapitalmarktrendite. (Neue Zürcher Zeitung vom 19.11.2007: 9)

Kann sich ein derartiger gesellschaftlicher Transformationsprozess unter Bedingungen eines politischen Feldes, in dem die einflussreichen Akteure autonom und unabhängig vom Einfluss feldfremder Logiken handeln, in so kurzer Zeit und so grundlegend vollziehen? In Bourdieus Feldtheorie besteht der wichtigste Parameter darin, dass sich die feldspezifischen politischen Prozesse *autonom* (bzw. relativ autonom) vollziehen. Sie sind gerichtet auf die gesellschaftlichen Angelegenheiten im Allgemeinen und die sozialen Lebensbedingungen der Menschen im Besonderen. Dies historisch als Essential einmal erreicht, bestimmt die Logik des Feldes.

Die *Krise der Repräsentation* kommt darin zum Ausdruck, dass die in Rede stehenden Transformationen die politischen Verhältnisse auf den Kopf gestellt haben. Seit fast 30 Jahren ist das Verhältnis zwischen den politischen *Professionellen* und *Laien* nicht so entfremdet, sind die Angelegenheiten derjenigen, die als Laien ihre Stimme an Professionelle, die über die erforderlichen symbolischen und sozialen Kompetenzen verfügen, delegieren müssen, im politischen Feld so unterrepräsentiert. Die herrschende Doxologie ist: »There is no alternative« – das heißt konkret: Alle alternativen Vorstellungen von sozialer Entwicklung und besseren Lebensbedingungen werden tabuisiert oder, dort wo dies nicht gelingt, unterdrückt.

Eine wesentliche neue »Begleiterscheinung« dieses Transformationsprozesses sind die Aktivitäten heteronomer Akteure, zu deren »Vehikel« die (großen) Medien sich aufschwingen konnten und die den Konstruktionsprinzipien des *herrschenden Diskurses* zu performativen Darbietungen verhalfen. Im weiteren Verlauf dieses Buches soll im Einzelnen dargestellt werden, in welcher Weise die *Autonomie* des politischen Feldes außer Kraft gesetzt wird.²⁵

Das Prinzip der Autonomie bezieht sich in erster Linie auf die das Feld bestimmende Logik, die für die politischen Essentials maßgeblich ist. Ein richtungsweisendes Prinzip, das sich bis zum Zeitpunkt der Transformation der sozialen Lebensbedingungen im Rahmen des so genannten Generationsvertrags herausgebildet hatte, war *soziale Gerechtigkeit*, das heißt, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die auch den Lohnabhängigen eine Teilhabe ermöglichte. Dieses zentrale Prinzip einer *sozialen Gerechtigkeit* wurde dem neoliberalen Essential eines Wettbewerbs »aller gegen alle« und der individuellen Bereicherung geopfert.

²⁵ Auch wenn wir bedenken müssen, dass diese Autonomie nur als eine relative Autonomie zu betrachten ist. Ein hermetisch geschlossenes Feld würde keinerlei Austausch und Kontakt zu den Alltagsverhältnissen ermöglichen, auch könnte ein selbstverständlicher Wechsel und Neueintritt von Akteuren nicht stattfinden.

Schlussbetrachtungen

Die ökonomischen und politischen Verwerfungen, die sozialen und prekären Verhältnisse und schließlich vor allem eine gesellschaftliche Perspektivlosigkeit – all das bestimmt den Habitus vieler Menschen und führt dazu, dass sie sich von der Politik abwenden. Und dies ist nur die eine Seite der Medaille, denn es wäre zu billig, nur die »Passivität« der Subalternen zu beklagen oder gar zu kritisieren. Die Arroganz der Macht und die Selbstherrlichkeit der politischen Klasse ist die andere Seite, die gewichtigere. – Erinnern wir uns der zu Beginn dargelegten Essentials der *politischen Repräsentation*, die nach Ansicht Bourdieus als unentbehrlich für eine lebendige repräsentative Demokratie mit vielfältigen Formen partizipativer Teilnahme an der Gestaltung des individuellen und gesellschaftlichen Zusammenlebens zu betrachten sind. Da ging es einmal um das Prinzip einer *Stellvertretung* – ein außerordentlich verantwortungsvolles Verhältnis, das nur dann legitimiert ist, wenn eine »Metonymie«, ein beiderseitiges Kommunikations- und Austauschverhältnis⁶⁴ zwischen den »repräsentierenden« Akteuren und denen, die sie zur *Repräsentation* ihrer Vorstellungen, Bedürfnisse und auch Wünsche beauftragt haben, auch tatsächlich existiert. Die üblicherweise periodische Aufforderung zur einmaligen Stimmabgabe ist, vor dem Hintergrund dieses Konzepts einer Stellvertretung, eigentlich eine Farce.

Zum anderen geht es um eine weithin *wahrnehmbare Präsenz* von Vorstellungen der Menschen, deren alleinige Stimme in der politischen Arena die Stimme der von ihnen delegierten Akteure ist, die auch qua ihrer vergleichsweise privilegierten Positionierung in der politischen Öffentlichkeit die Medien als Multiplikatoren der sozialen Weltsicht der vielen »Stimmlosen« einsetzen könnten.

Und schließlich ist von Bedeutung, dass die Performanz eines dem Mainstream entgegengesetzten Diskurses der »Subalternen«, der »Leidtragenden der Auswirkungen neoliberaler Politik«, vor allem der »in so verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie der Medizin, dem Bildungswesen, den sozialen Diensten oder der Justiz Beschäftigten« (Bourdieu 2004d: 156), sich auf breiter Basis entfalten, formieren und gehört werden kann.

⁶⁴ Meines Erachtens impliziert dieses Austauschverhältnis die aktive Teilhabe der »Laien« an dem (Gegen-)Diskursprozess.

Vielleicht ist dies ein idealtypisches Konzept *politischer Repräsentation*. Dennoch, diese kurze Skizze sollte in Erinnerung gerufen werden, um als Folie zu dienen, vor der die tiefe Entfremdung der so genannten großen Volksparteien und ihrer jeweiligen Trabanten von den Menschen und ihren alltäglichen Lebensbedingungen sichtbar wird, mehr noch sollte deren unsoziale Politik, die »trotz ihrer zutiefst konservativen Züge ... als fortschrittlich verkauft, der Rückfall in manchmal archaische Zustände (insbesondere auf dem Gebiet wirtschaftlicher Beziehungen)« »als *Reform* ... ausgegeben« (wird) (ebd.: 157), noch einmal deutlich werden.

»Die politische Linke unterschätzt das massive Misstrauen gegenüber der Politik und setzt illusionär auf die Überzeugungskraft der eigenen Alternativen.« (Bischoff 2007: 37) Mag sein! Aber sind denn bereits alle »Reserven« erschöpft? Bourdieu hat sich in seinen letzten Aktivitäten u.a. auch an die Intellektuellen in Europa gewandt und sie aufgefordert, nach dem mutigen Beispiel von Zolas öffentlicher Anklage »J'accuse« gegen das antisemitische Justizverbrechen an dem Offizier Dreyfus zu handeln. Natürlich sollten die Intellektuellen, Künstler und SchriftstellerInnen nicht unbedingt selbst PolitikerInnen werden. Bourdieu wollte vielmehr, dass sie mit den Mitteln, die die Sozialwissenschaften und Künste bieten, der »konservativen Revolution«, die letztlich das Resultat der »Einflüsterungen der konservativen *think tanks* und ihrer von den Mächtigen handverlesenen »Experten« (ist), ... die Leistungsfähigkeit kritischer Netzwerke entgegensetzen, in denen »spezifische Intellektuelle« ... zu einem wahrhaft *kollektiven Intellektuellen* zusammenfinden, der sein Denken und Handeln selbst bestimmen kann, der sich also ... seine Autonomie bewahrt.« (Bourdieu 2004d: 155)

Die Autonomie einer WissenschaftlerIn heißt, die eigene Tätigkeit und das eigene Handeln ständig einer kritischen Reflexivität auszusetzen, sich nach dem eigenen gesellschaftlichen Ort und den Implikationen auch für das eigene Denken und Handeln zu fragen. Die politische Linke kann sich glücklich schätzen, viele Intellektuelle in ihren Reihen zu haben. Aber wird ihr Potential bereits voll genutzt und kommen nicht noch immer hier und dort die aus der Geschichte der Arbeiterbewegung tradierten alten antiintellektuellen Reserviertheiten zum Vorschein?

Wir benötigen mehr als bisher eine wissenschaftliche Kritik der *herrschenden Wissenschaften* und eine Analyse, in wessen Dienste diese sich stellen. Wir benötigen mehr als bisher sozialwissenschaftliche Analysen über die Gesellschaft, um Perspektiven über das lediglich Aktuelle hinaus entwickeln zu können. Und schließlich müssen die Intellektuellen »auch die *geheiligte Grenze* zwischen *scholarship* und *commitment* überwinden.« (ebd.: 158) Hinzu kommen muss »also ein Moment der Subjektivität, das

jenseits der Regeln der scholarship einen Bezug und eine Zielsetzung moralischer, ethischer, ideologischer oder politischer Qualität formuliert und das ... dabei auch zugleich ... eine Interaktion mit sozialen Subjekten konzeptualisiert und praktiziert, die in solchen Zielsetzungen der *Emanzipation* jeweils eine historische-konkrete Rolle spielen.« (Rilling 2008: 163) Schließlich müssen *reale Utopien* erarbeitet werden, die keine leeren Worthülsen sind und in denen sich viele Menschen mit ihren »kleinen« Leben wiedererkennen können – auch wenn es unser aller Zukunft betrifft.

Aber was haben wir, worauf wir zurückgreifen können? Die Errungenschaften der Aufklärung und die politischen und sozialen Menschenrechte! Die Menschen müssen Fantasie zurückerlangen und wieder Hoffnung schöpfen können. Sie müssen sich selbst auf den Weg begeben, die Verhältnisse umzugestalten. Dies wäre vielleicht das Wichtigste. Und wir müssen über neue und andere Formen »*demokratischer Repräsentation*« nachdenken. Ein Verweis auf das Internet allein kann keine Lösung sein, denn auch dies schließt nach wie vor viele aus. »*Raisons d'agir*« hieß damals Bourdieu's Aufruf – »Gründe zu handeln« – für alle, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wollen!